

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 27 (2000)
Heft: 3

Artikel: 21. Mai 2000 : ein klares Ja zu Europa
Autor: Ballanti, Dario
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911534>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein klares Ja zu Europa

Das Stimmvolk hat die bilateralen Verträge mit 67,2% Ja-Stimmen angenommen.

Abgelehnt haben als einzige Kantone das Tessin und Schwyz.

DIE SCHWEIZ HAT IHRE BEZIEHUNGEN zu Europa normalisiert: Siebeneinhalb Jahre nach dem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hat das Volk die bilateralen Verträge zwischen unserem Land und der Europäischen Union (EU) gutgeheissen. Im Landesdurchschnitt belief sich der Ja-Anteil auf 67,2%. Alle Kantone ausser dem Tessin und Schwyz stimmten dem aus sieben sektoriellen Abkommen (Flugverkehr, Landverkehr, freier Personenverkehr, Landwirtschaft, Forschung, öffentliches Beschaffungswesen

und technische Handelshemmnisse) bestehenden Vertragspaket zu.

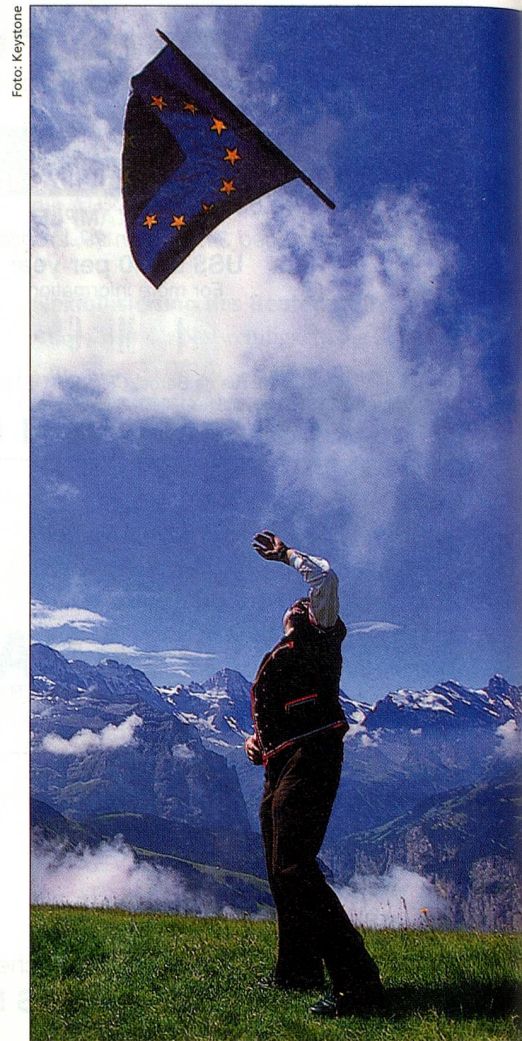
Am überzeugendsten fiel die Annahme der Bilateralen in der Romandie aus, die seit jeher europafreundlich eingestellt ist. Im Kanton Waadt erreichte die Zustimmung 80,3%, und auch in Neuenburg (79,4%), Genf (78,7%) und im Jura (77,3%) fiel das Resultat fast einstimmig aus. Diesmal existierte kein Röstigraben: Im Gegensatz zur EWR-Abstimmung folgte an diesem 21. Mai auch die Deutschschweiz der Empfehlung des Bundesrates. Besonders stark war die Zustimmung in den beiden Basel, wo die Ja-Anteile jeweils klar über 70% lagen. Sieben von zehn Stimmenden sagten auch im Kanton Zürich Ja; dort fiel das Argument der wirtschaftlichen Bedeutung der Bilateralen auf offenkundig fruchtbaren Boden.

Ausser Schwyz haben alle deutschsprachigen Kantone die sieben Dossiers angenommen - mit einer Zustimmungsrate, die zum Teil diskussionslos (Bern 68,5%, Zug 69,2%), zum Teil weniger klar ausfiel und zuweilen nur knapp über 50% lag, wie etwa in einigen Zentralschweizer (Obwalden, Nidwalden, Uri) oder Ostschweizer Kantonen (Appenzell Innerrhoden).

Tessiner Ängste

Lediglich ein Kanton hat die Bilateralen abgelehnt: das Tessin, das mit einem Neinstimmenanteil von 57% seine Befürchtungen bezüglich des freien Personenverkehrs kundtat. Die zum Teil erwartete Ablehnung durch den Südschweizer Kanton ist auch eine direkte Folge der intensiven Oppositionskampagne der Lega dei Ticinesi, die zusammen mit den Schweizer Demokraten erfolgreich das Referendum gegen die Verträge ergriffen hatte. In den andern Landesteilen warf die Kampagne überhaupt keine hohen Wellen, was vielleicht auch die nicht gerade hohe Stimmbeteiligung von 48% erklärt.

In seinen ersten Stellungnahmen äusserte sich der Bundesrat natürlich erfreut über das klare Abstimmungsergebnis. Er will nun aus den Verträgen das Optimum herausheben. «Wir möchten zeigen, dass die gesamte Schweiz von den Abkommen profitieren wird, auch das Tessin», betonte Pascal Couchepin und präzisierte: «Das Schweizer-



Der Himmel voller EU-Sterne: Der Souverän hat sich deutlich für die bilateralen Verträge ausgesprochen.

volk war aufgerufen, eine einzige Frage zu beantworten: Es hat Ja gesagt, und nur Ja zu den bilateralen Verträgen.» Joseph Deiss wiederum dankte der Referendumsseite dafür, dass dem Volk die Möglichkeit gegeben wurde, zu einer solch wichtigen Frage Stellung zu nehmen, und fügte hinzu: «Der Bundesrat leitet aus diesem Ja keinen weitergehenden Auftrag in Richtung politischer Integration ab.»

Die beiden Bundesräte kündigten darüber hinaus an, dass die Schweiz mittelfristig mit der EU über weitere Abkommen in den Bereichen Fiskalität, Sicherheit, Zoll und Landwirtschaft verhandeln werde. DB

Kanton	Bilaterale Abkommen		Stimm-beteil. in %
	JA %	NEIN %	
ZH	69,9	30,1	50,2
BE	68,5	31,5	44,3
LU	62,6	37,4	54,7
UR	52,3	47,7	51,7
SZ	49,8	50,2	50,7
OW	55,5	44,5	47,9
NW	55,9	44,1	54,9
GL	57,2	42,8	47,5
ZG	69,2	30,8	54,3
FR	74,6	25,4	45,0
SO	66,6	33,4	49,6
BS	72,3	27,7	54,8
BL	70,9	29,1	48,6
SH	61,1	38,9	66,1
AR	62,1	37,9	54,0
AI	51,9	48,1	46,6
SG	63,2	36,8	44,3
GR	58,6	41,4	40,8
AG	62,2	37,8	42,8
TG	57,2	42,8	46,2
TI	43,0	57,0	51,9
VD	80,3	19,7	45,8
VS	65,6	34,4	41,7
NE	79,4	20,6	52,2
GE	78,7	21,3	58,1
JU	77,3	22,7	47,5
Total	67,2	32,8	48,0

PRESSESCHAU

CORRIERE DEL TICINO

Das von einem bedeutenden Anteil des Tessiner Wahlvolks ausgesprochene Nein (...) muss als ein Signal starker Besorgnis interpretiert werden, dem von Bern (aber auch von Bellinzona) die gebührende Bedeutung beigemessen werden muss. Vor allem, weil nun mit der nötigen Entschlossenheit und Schärfe die Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Abfederung der negativen Auswirkungen der neuen Situation sicherzustellen ist.

Basler Zeitung

Mit den bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union (EU) hat die Schweiz eine kritische integrationspolitische Schwelle überschritten. Die Personenfreizügigkeit und der Landverkehr sind so grundlegend, dass die Schweiz aus beachtlicher Distanz zur EU mit einem Schlag in grosse Nähe zu ihr gerückt ist.

Tages-Anzeiger

Überschäumende Siegesfreude wäre jedoch verfehlt. Was wir mit den bilateralen Verträgen erreicht haben, ist nicht mehr als eine verwässerte Version des EWR. Als Zeichen eines Aufbruches gen Brüssel kann das Ja nicht gedeutet werden. Gewonnen hat lediglich eine temporäre Ehe zwischen politischer Einsicht und wirtschaftlicher Vernunft.

DIE SÜDOSTSCHWEIZ

Freilich muss der Bundesrat nun um seine Glaubwürdigkeit bemüht sein. Um jene Glaubwürdigkeit, die er im Vorfeld der EWR-Abstimmung gründlich verkachelt hatte, als er hüftschussartig den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt hatte. Um bei der gestrigen Abstimmung auf Nummer sicher gehen zu können, konstruierte der Bundesrat die Formel, wonach ein Ja zu den bilateralen Abkommen nichts mit der Beitrittsdiskussion zu tun habe. Auch das war nicht sonderlich geschickt, weil es schlicht nicht stimmt. Aber eben: Gesagt ist gesagt, und der Bundesrat muss nun in der Bei-

trittsfrage einen Gang tiefer schalten, als er es sich wünschen mag.

Le Quotidien Jurassien

Die Romands, Jurassier eingeschlossen, haben ihr Votum von 1992 bekräftigt. Die Deutschschweizer dagegen haben sich bewegt. Auch dank Vernunftüberlegungen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten hat sich in diesem Mai gezeigt, dass Entwicklung möglich ist. Sie dürfte sich fortsetzen. Die Erfahrung des freien Personenverkehrs, aber auch das Fehlen von Einflussmöglichkeiten der Schweiz in diesem sich vorwärts bewegenden Europa dürften die Geister entkrampfen und die Entstehung einer beitriffsfreundlichen Mehrheit ermöglichen. Dies ist die Hoffnung, welche sich aus diesem Ja zu den Bilateralen ergibt.

TRIBUNE DE GENÈVE

Nicht Europa hat an den Urnen triumphiert, sondern der reine Pragmatismus. Gerne würde man in diesem Votum alleine die Zeichen einer neuen Öffnung sehen, aber man entdeckt darin ebenso jene eines profanen Egoismus, einer nüchternen Verteidigung einiger gut erkannter Interessen: Die bilateralen Verträge waren nötig, damit die Schweizer Wirtschaft nicht ins Stottern gerät. Sie waren unerlässlich, um unsere Mobilität sicherzustellen, nützlich für unser alltägliches Tun und Treiben – und wir haben sie logischerweise angenommen. Das Gegenteil wäre überraschend gewesen: Haben wir sie nicht Schritt für Schritt ausgehandelt? Wurden sie nicht für uns massgeschneidert? Dazu ohne Naserümpfen Ja zu sagen, war unter diesen Umständen das Mindeste.

Eidgenössische Volksabstimmungen

24. September 2000

Gegenstände noch nicht festgelegt.

26. November 2000

Gegenstände noch nicht festgelegt.

KOMMENTAR

Das Abstimmungsresultat lässt keine Zweifel offen: Mit einer klaren Mehrheit hat das Schweizervolk das peinliche Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum vom 6. Juni 1992 getilgt und seinen Willen zur Annäherung an Europa manifestiert. Der gewählte Weg ist der bilaterale, der unserem Land grosse Freiheiten und eine ganze Reihe von Vorteilen wirtschaftlicher Natur bringt. Während das Ja vom 21. Mai auf politischer Ebene keine Veränderungen bringt, werden den Fluggesellschaften, der Industrie im Allgemeinen sowie der Forschung die grössten Vorteile aus dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge (wahrscheinlich Anfang des Jahres 2001) erwachsen.

Wohl wird das Abkommen über den Landverkehr den Vierzigtönnern die Schweizer Strassen öffnen, was sich als Bedrohung für die Umwelt erweisen könnte. Doch mit der Schwerverkehrsabgabe verfügt die Schweiz über ein die Attraktivität des Strassentransports minderndes Vehikel, das darüber hinaus als Hauptfinanzierungsquelle für die neue Alpentransversale der Bahn dient. Auch der freie Personenverkehr könnte zu Befürchtungen Anlass geben, insbesondere was den Druck auf die Löhne angeht. Allerdings dürften die vom Bundesrat etablierten und von den Sozialpartnern abgesegneten flankierenden Massnahmen hier die Risiken minimieren. Überdies erhalten die Schweizerinnen und Schweizer zwei Jahre nach Inkrafttreten der Abkommen dieselben Rechte wie die EU-Bürger: Sie werden sich nach Belieben bewegen und dort wohnen und arbeiten können, wo sie es wünschen.

Nachdem das klare Ja der Westschweiz nie in Frage stand, hat vor allem die Deutschschweiz den Ausschlag für das klare landesweite Ergebnis gegeben; sie hat ihre Meinung seit dem EWR-Nein geändert und sich dafür entschieden, sich Europa zu öffnen. Und schliesslich gilt es noch ein Paradox zu erwähnen: Während alle anderen Grenz Kantone mit grosser Mehrheit den Abkommen zustimmten, sprach sich das Tessiner Wahlvolk dagegen aus und übernahm damit die von der Lega gegen die Bilateralen vorgebrachten Einwände. Gewonnen hat jedoch letztlich jene Minderheit, die Ja gestimmt hat: Die bilateralen Verträge werden auch südlich der Alpen in Kraft treten.

Dario Ballanti